

Dossier / Kommentar

Das Nein der Franzosen zur EU-Verfassung

Innenpolitische Voraussetzungen und Konsequenzen

MEDARD RITZENHOFEN*

Der große innovative Historiker Marc Bloch schrieb den Nostalgikern nationaler Geschichtsklischees ins Stammbuch: „Vielleicht wäre es für ein altes Volk ein Segen, wenn es leichter vergessen könnte, denn die Erinnerung verzerrt bisweilen das Bild der Gegenwart, der Mensch aber muss sich in erster Linie auf das Neue einstellen.“

Diese Einsicht stammt aus dem Jahr 1940, und Bloch war der erste, der die Gründe für die „seltsame Niederlage“, die Frankreich soeben gegen Deutschland erlitten hatte, in seinem gleichnamigen Buch „L'étrange défaite“ einer ebenso tiefsinnigen wie weitsichtigen Analyse unterzog. Im selben Jahr erhob ein einsamer französischer General in London die Stimme, um seine Landsleute zum Widerstand aufzurufen. Charles de Gaulles Non zur deutschen Besatzung rettete im kollektiven Gedächtnis Frankreichs die Ehre der Nation. De Gaulles erster Appell vom 18. Juni 1940 wurde zur Geburtsstunde der Résistance. 65 Jahre später leistet Frankreich massiven Widerstand gegen den europäischen Einigungsprozess. Doch sein Non zum „Traité établissant une Constitution pour l'Europe“ ist kein Ruhmesblatt für die europäische Gründernation. Dass bei dem Referendum vom 29. Mai 2005 annähernd 55 Prozent der Franzosen

den „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ ablehnten, gereicht einem Land, das sich seit de Gaulle viel auf seine „europäische Berufung“ zugute hält, kaum zur Ehre. Wenn, wie Ernest Renan formulierte, die Nation „ein tägliches Plebiszit“ ist, so guillotiniert der französische Volksentscheid ein Vertragswerk, das die EU wetterfest machen sollte gegen die Stürme der Globalisierung, ohne doch damit Europa auf den Kopf zu stellen.

So steht Frankreichs spektakuläres Non, das drei Tage später durch ein noch stärkeres Nee aus den Niederlanden bekräftigt werden sollte, in einem merkwürdigen Missverhältnis zu dem alles anderen als umwälzenden Reformprojekt, dessen aufregendstes Signum sein Name ist. „Verfassung“ beziehungsweise „Constitution“ vermittelt den Eindruck eines europäischen Neuanfanges, wo es um eine Fortschreibung der EU-Integration geht. Doch war das nur eine von vielen Ungereimtheiten in einem Gewirr der Stimmen und Stimmungen, der kollektiven Neurosen und individuellen Finessen, der politischen Ambitionen und sozialen Ängste. So gesehen markiert der 29. Mai 2005 eine „seltsame Niederlage“ für Europa und für Frankreich, deren erschöpfende Analyse erst geschrieben werden kann, wenn sich die langfristigen

* Medard Ritzenhofen lebt als freier Journalist in Paris / Straßburg.

Folgen dieses „dimanche noir pour l'Europe“ („Le Figaro“) abzeichnen.

Aus dem Ruder gelaufen

Bei aller Kritik an der gründlich misslungenen Nagelprope für Europa, darf eines nicht verschwiegen werden: Frankreich hat es sich mit seiner Entscheidung über den Verfassungsvertrag nicht leicht gemacht. Wie mühelos die Constitution hätte passieren können, belegt die überwältigende Mehrheit der beiden Parlamentskammern, die am 28. Februar der für den europäischen Vertrag notwendigen nationalen Verfassungsänderung zustimmten. Ohne viel Aufhebens von der Constitution zu machen, hätte Frankreich jenen neun EU-Staaten – darunter kurz zuvor Deutschland – folgen können, die den EU-Vertrag bereits per Parlamentsbeschluss durchgewunken hatten. Doch Jacques Chirac wollte es anders. Und hatte der Staatspräsident nicht Recht, als er in seiner letzten TV-Intervention zugunsten der Verfassung das Referendum als Ausweis für „l'honneur et la vitalité de notre démocratie“ hervorhob?

Das Volk nahm sich die Constitution mit einer Leidenschaft zur Brust, die Frankreichs ausgeprägte Debattenkultur einmal mehr unter Beweis stellte. Nicht von ungefähr hoben die Beobachter übereinstimmend hervor, dass die Europadiskussion nicht nur Parteien und Publizistik, sondern auch Betriebe, Schulklassen und Familien spaltete, wobei jedes noch so unbedeutende Zusammentreffen im Freundeskreis unvermittelt in tiefeschürfende Auseinandersetzungen umschlagen konnte. Dass die Debatte nicht nur hohe Wellen schlug, sondern auch völlig aus dem Ruder lief, lag in der Natur des Verfahrens. Denn wo lediglich über die Frage abgestimmt werden sollte, ob der Gesetzentwurf für einen Europäischen Verfassungsvertrag anzunehmen sei, dominierte ein Grundsatzstreit, in dessen Verlauf so ziemlich alles zur Sprache kam, was der Nation auf den Nägeln brennt.

Wo eine Betriebsanleitung für die EU hätte verhandelt werden sollen, prallten politische Glaubensbekenntnisse aufeinander.

Es zeigte sich, dass Jacques Chirac mit dem von ihm angesetzten Referendum die Entscheidung über die Constitution – die bei genauerem Lesen weniger eine Verfassung denn ein völkerrechtlicher Vertrag ist – zu hoch gehängt hatte. Und das in erster Linie aus eigennützigen Motiven. Konnte der Präsident doch darauf hoffen, dass das anfangs noch zu erwartende zustimmende Votum des Volkes den notwendigen Schub für eine dritte Amtszeit geben würde. Zudem durfte Chirac damit rechnen, dass das Thema Europa weit eher die linke Opposition als die bürgerliche Regierungsmehrheit zerreißen würde. Doch bevor dieses Kalkül aufging, hatte sich der Stimmungswind schon gedreht und blies dem Vertragswerk in die Paragrafen.

Während dessen Befürworter die Vorteile für das Zusammenwachsen der Union betonten, brachten die Vertragsgegner aufs Tapet, was an Stimmungsmache gut und billig erschien. Dass der rechtsextreme Front National und die Kommunisten, die Souveränisten des reaktionären Landedelmanns Philippe de Villiers und die Trotzkiten um den nassforschenden Briefträger Olivier Besancenot gemeinsame Sache machten, indem sie den Ausverkauf nationaler Interessen und sozialer Sicherheiten an die Wand malten, war noch die geringste Überraschung. Dass es aber mit Laurent Fabius einer der bislang liberalsten Sozialisten war, der den polnischen Klempner („le plombier polonais“) bemühte, um mit dessen niedrigem Stundenlohn die EU-Osterweiterung zu diffamieren, stellte alles in den Schatten, was Frankreich an zynischem Karrierismuskalkül erlebt hat.

Obwohl sich das politische Establishment von der mit absoluter Mehrheit regierenden rechten Sammlungsbewegung UMP über die bürgerlich-liberale UDF bis zu den Mehrheitssozialisten um Parteichef François Hollande sowie den französischen Grünen für

den EU-Vertrag stark machte, bestimmte das heterogene Lager der Verfassungsgegner den Ton der Debatte und gab deren Themen vor. Dass es dabei weder kohärent argumentieren, noch konkrete Alternativen anbieten musste, schien den Charme seiner Option auszumachen. In antieuropäischem Populismus fanden Ultrationale und Attac-Anhänger, Bauern und Umweltschützer, Marine Le Pen, José Bové und Laurent Fabius eine gemeinsame Plattform. Im Jubiläumsjahr des 100. Geburtstages von Raymond Aron sowie des 200. Geburtstages von Alexis de Tocqueville, schien – um mit Descartes zu sprechen – ein gesunder Antiliberalismus „die bestverteilte Sache der Welt“ zu sein. Dass selbst Arbeits- und Sozialminister Jean-Louis Borloo meinte sagen zu müssen, der Vertrag sei alles andere als liberal und Staatspräsident Chirac sich in Brüssel vor seinen erstaunten Kollegen zu einer heftigen Attacke gegen ein liberales Europa verstieg, zeigt, wie sehr die antiliberale Stimmung das ganze Land ergriffen hat. Dass die französische Exportnation jahrzehntelang hervorragend mit der freien Marktwirtschaft gefahren ist, gerät angesichts der neuen wirtschaftlichen Ungemütlichkeit zu schnell in Vergessenheit.

Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Angesichts einer chronischen Arbeitslosigkeit von 10 Prozent, die einhergeht mit einer finanziellen „précarité“ nahe des Existenzminimums, von der – laut Analysen – bereits ein Viertel der Bevölkerung betroffen ist, erscheint die weitverbreitete Angst vor einem verschärften Wettbewerb nur allzu berechtigt. Dass gegen die Öffnung der Servicemärkte und die damit einhergehende Freizügigkeit der Dienstleistungen in der EU durch die berüchtigte „Bolkestein-Richtlinie“ mit unziemlichen Verbalattacken („Frankenstein“) Front gemacht wurde, kann man angesichts des Konkurrenzdrucks aus Osteuropa auch noch verstehen. Nur hat das alles nichts mit dem EU-Vertrag zu tun, und zumindest die schlauerer unter den Vertrags-

gegnern wussten das nur zu gut. Dass diese – allen voran die bis dato seriösen Sozialisten Laurent Fabius, Henri Emmanuelli und Jean-Luc Mélenchon – dennoch der populistischen Versuchung erlagen, sich als Gegner eines vorgeblichen „Europe tout-libérale“ aufzuspielen, ist der eigentliche Skandal.

Europe à la française

Die Unpopularität sowohl des Staatspräsidenten als auch des Premierministers Jean-Pierre Raffarin lag der Kampagne für den EU-Verfassungsvertrag von Anfang an wie Blei in den Argumenten. Erschwerend kam hinzu, dass Jacques Chirac keine allzu gute Figur machte, als er selbst in die TV-Arena stieg. Ziemlich daneben ging eine zweistündige Diskussion mit 80 Jugendlichen, auf deren bohrende Fragen der Präsident vielfach nur mit dem soeben verstorbenen Papst Johannes Paul II. antworten konnte: „Habt keine Angst!“ In einem Journalistengespräch sowie einem letzten Appell am 26. Mai fand Chirac weder zu einem persönlichen noch zu einem überzeugenden Ton, sondern wiederholte lediglich sattsam bekannte Argumente, wobei er mit seiner heftigen Kritik am angelsächsischen Liberalismus noch ungewollt den Vertragsgegnern in die Hände spielte.

Dass Jacques Chirac nicht die rhetorischen Talente zur Verfügung stehen, über die sein Vorgänger François Mitterrand verfügte, ist hinlänglich bekannt. Sehr viel schwerer als seine mediokren TV-Auftritte wiegt deshalb, dass der Präsident sich in seiner zehnjährigen Amtszeit nicht stark zu machen wusste für – um de Gaulle zu zitieren – „une Europe qui intéresse les peuples“. Umso häufiger schob der Gelegenheitseuropäer Versäumnisse der eigenen Regierungspolitik Brüssel in die Schuhe. Darüber hinaus ging es Chirac weniger um Europas transnationale Identität, als um Frankreichs Primat in Europa. So wie der Präsident Europa aus nationaler Perspektive denkt, nehmen auch seine Landsleu-

te Europa als größeres Frankreich wahr, in dem sie wie selbstverständlich die nationalen Sozialstandards garantiert wissen wollen. Ein „kosmopolitisches Europa“ (Ulrich Beck), das durch nationalen Souveränitätsverzicht eine erweiterte Souveränität erhält, war Chiracs Sache nie. Es gehört zu den zahlreichen Ironien des Referendums, dass das von Chirac angestrebte „Europe-puissance“ à la française als erstes vom französischen Wahlvolk auf Eis gelegt worden ist.

Verlierer Chirac

Obwohl die Umfragen keinen Zweifel an dem negativen Ausgang des Referendums gelassen hatten, wurde dessen Ergebnis am 29. Mai als politisches Erdbeben empfunden. „Chirac désavoué, l'Europe déstabilisé“, titelte „Le Monde“. Die Wirtschaftszeitung „La Tribune“, im Allgemeinen betont nüchtern, sprach von einem politischen Tsunami, der Frankreich heimsuche.

Dem hauchdünnen Ja von 51,05 Prozent beim Maastricht-Referendum 1992 hat Frankreich 13 Jahre später ein unzweideutiges Nein von 54,68 Prozent zum Verfassungsvertrag folgen lassen. Das Gewicht des Negativvotums belegt die Wahlbeteiligung. Während die Entscheidung über die Zusammensetzung des Europaparlaments am 13. Juni 2004 nur knapp 43 Prozent der Wähler an die Urnen gelockt hatte, taten am 29. Mai 2005 annähernd 70 Prozent der eingeschriebenen Bürger ihren Willen kund. Dass hinter diesem „une vraie France du mécontentement“ („Le Monde“) steht, ist offensichtlich. Die soziologische und demographische Analyse zeigt, dass der Antagonismus, der bereits die Europadebatte geprägt hatte, seine Fortsetzung im Wahlverhalten fand. Während die höheren Angestellten („cadres“), selbständige und intellektuelle Berufe mehrheitlich für den Verfassungsvertrag stimmten, wurde dieser von einer erdrückenden Mehrheit unter den Arbeitern, Landwirten und Arbeitslo-

sen abgelehnt. Dass sich das Nein insgesamt durchsetzte, liegt aber in erster Linie an der großen Masse der sich aus Beamten und Angestellten zusammensetzenden „classes moyennes“, die zur Ablehnung des EU-Vertrages tendierten. Die Provinz stimmte mit Ausnahme des Elsass und der Bretagne überwiegend mit Nein, während die großen Städte Paris, Lyon, Bordeaux und Straßburg, nicht aber Marseille, Lille und Nizza, mit Ja votierten. Salopp ließe sich sagen, der Sieg des Nein ist der der „prolos contre les bobos (bourgeois-bohèmes)“, wie der Wirtschaftswissenschaftler Jacques Sapir im „Figaro“ bemerkte. Wäre da nicht die Mehrheit unter der jungen Bevölkerung, für die Europa offensichtlich nicht mehr der Rede und auch nicht der Stimme wert ist. 60 Prozent der 18- bis 24-Jährigen lehnten die Verfassung ab. Dass sich die ältere Generation einen anderen Begriff von den epochalen Errungenschaften Europas wie Frieden, Freiheit und Wohlstand macht, belegt die mehrheitliche Zustimmung zum Vertrag der über 65-Jährigen.

Seit dem Algerien-Krieg und den Stundenprotesten von 1968 war Frankreich nicht mehr so tief gespalten wie über den EU-Vertrag. Andererseits: So deutlich die Ablehnung der Constitution mit knapp 55 Prozent der abgegebenen Stimmen ausfiel, so diffus waren die Antriebe für dieses „melting-vote“. Politischer Protest ging einher mit wirtschaftlichen Ängsten. In den Wunsch nach Rache an Paris mischte sich das Ressentiment gegen Brüssel. Verlorene europäische Illusionen wurden überspielt von dem Heilsversprechen eines Wohlfahrtseuropas. Serge July, Direktor der linken Tageszeitung „Libération“, sprach von einer „émeute électorale“, einem irrationalen Wähleraufstand. Das erinnert an die wilden Erhebungen des einfachen Volkes im Mittelalter, die inspiriert waren von der „großen Angst“ („grande peur“), die aus leeren Bäumen aufstieg, um sich in spontanen Gewaltaktionen zu entladen. Auch wenn im Frankreich des 21. Jahrhunderts

kaum jemand am Hungertuch nagt, ist das Gefühl sozialer Unsicherheit zum psychologischen Allgemeingut geworden.

Jacques Chirac trat im Wahlkampf um die Präsidentschaft 1995 mit dem Versprechen an, die „*fracture sociale*“ zu kitten. Das ist ihm in seiner zehnjährigen Amtszeit im Élysée-Palast nicht einmal ansatzweise gelungen. Es konnte auch nicht gelingen, da der 72-Jährige der Repräsentant eines Frankreichs von gestern ist, das die Missstände nur noch verwalten, nicht aber beseitigen kann. Mit dem von ihm gewollten Referendum schlägt die soziale Schiefelage mit doppelter Wucht auf den Staatspräsidenten und Frankreichs Stellung in Europa zurück. Die Verantwortung für das Debakel vom 29. Mai trägt Jacques Chirac. Das Non des 29. Mai galt nicht zuletzt ihm.

Anstatt als insgeheim erhoffte Initialzündung für dessen dritte Amtszeit zu wirken, hat das Referendum nicht nur Chiracs *fin de règne* eingeläutet, sondern auch der „*France gaulliste*“ den Totenschein ausgestellt, wie Nicolas Bavarez in „*Le Monde*“ schrieb. Der Neogaullist hat sich in seinem vier Jahrzehnte umfassenden Politikerleben von mancher Niederlage erholt, doch nach dem französischen Schlag ins europäische Kontor ist er ein Präsident auf Abruf. Die politische Kultur hätte einen Rücktritt, wie ihn *de Gaulle* 1969 nach der Niederlage des vergleichsweise unerheblichen Referendums über eine Regionalreform vorgemacht hat, oder zumindest Neuwahlen nahegelegt. Doch dazu fehlt Jacques Chirac der Stil. Nicht umsonst ist seine Popularität im freien Fall.

Ménage à trois

Dass dem Altmeister unter den Machtstrategen die politische Sensibilität abhanden gekommen ist, zeigt seine Reaktion auf den Volksentscheid. Während Publizisten wie Claude Imbert Frankreich als „*kranken Mann Europas*“ abstempeln, mit Alain-Gérard Slama

über das Ende der V. Republik spekulieren oder wie Nicolas Bavarez behaupten, dass „*nichts mehr so sein wird wie vor dem 29. Mai 2005, weder für Frankreich noch für Europa*“, lautet Chiracs Devise einmal mehr: Durchhalten. Auf keinen Fall werde am „*modèle français*“ in der Wirtschafts- und Sozialpolitik gerüttelt, ließ der Präsident seine Landsleute wissen. Dass es sich angesichts der „*Préférence française pour le chômage*“ und dem „*Ghetto français*“ – um nur zwei jüngere Buchtitel zu zitieren – längt um ein „*contre-modèle*“ („*Le Monde*“) handelt, scheint am Präsidenten der Republik vorbeigegangen zu sein.

Am Wahlabend nahm dieser die „*souveräne Entscheidung*“ seiner Mitbürger mit dürren Worten zur Kenntnis. Die von ihm mehrfach in Aussicht gestellte „*nouvelle impulsion à la politique de la France*“ erschöpfte sich in einer Personalrochade. Premierminister Jean-Pierre Raffarin, der bereits ein politisches Schattendasein führte, wurde des ihm zur Last gewordenen Amtes enthoben. Zum neuen Regierungschef berief Chirac seinen alten Hausmeister Dominique de Villepin. Dieser hatte ihm von 1995 bis 2002 als Generalsekretär im Élysée-Palast treu, wenn auch nicht immer glücklich, gedient. Geht doch auf ihn die Idee der vorzeitigen Auflösung der Nationalversammlung zurück, die 1997 ein Wahldebakel der Rechten und Chiracs bleierne Kohabitation mit der linken Jospin-Regierung nach sich zog. Umso erfolgreicher agierte de Villepin ab 2002 als Außenminister. Internationales Aufsehen erregte er am 24. Februar 2003, als er in einer brillanten Rede vor dem UN-Sicherheitsrat den USA die Gefolgschaft im Irak-Krieg aufkündigte und ein rhetorisches Duell mit seinem amerikanischen Kollegen Colin Powell zu seinen Gunsten entschied.

In seiner eleganten Erscheinung und aristokratischen Geschmeidigkeit hebt sich der gelernte Diplomat deutlich von seinem bodenständig-jovialen Vorgänger im Hôtel Ma-

tignon ab. Als ehemaliger ENA-Zögling eigentlich ein typischer Edelkader der Pariser Politikaste, zeichnet sich *de Villepin* durch eine ausgesprochene Liebe zum geschriebenen Wort aus, die sich in einer Reihe lesenswerter Bücher niedergeschlagen hat. Ob „le hussard de la République“, wie der neue Premierminister wegen seines elegant-forschen Auftretens in der Presse genannt wird, die richtige personelle Antwort auf die Sorgen der „France d'en bas“ ist, erscheint indes mehr als fraglich. Zumal *de Villepin* bei aller Loyalität zu *Chirac* auch schon den Élysée-Palast im Blick haben dürfte. Da *Chirac* wiederum dem Schöngeist nur bedingt zutraut, die letzten Kastanien für ihn aus dem Feuer zu holen, hat er ihm *Nicolas Sarkozy* als neuerlichen Innenminister und protokollarischen Vizepremier zur Seite gestellt. Mit der Rückkehr seines Intimfeindes und erklärten Herausforderers in die Regierung gelang *Chirac* ein Überraschungscoup, der geeignet sein könnte, dauerhaft von den eigentlichen Problemen abzulenken. Denn sowohl die politische als auch die personelle Tektonik des gaullistischen Dreiergestirns ist von solch erlesener Delikatesse, dass der bald offen ausbrechende Machtkampf an intriganter Dramatik nicht zu wünschen übrig lassen wird. Eine reine Rechts-Kohabitation, die den Regeln einer *ménage à trois* gehorcht, das gab es in Frankreich noch nicht.

„Alles ist möglich!“

Um der Ämterhäufung ein für allemal einen Riegel vorzuschieben, hatte *Chirac* im letzten Jahr *Sarkozy* gezwungen, sich zwischen seinem Amt als Finanzminister und dem Vorsitz der UMP zu entscheiden, worauf dieser letzteres wählte. Nun kehrt *Sarkozy* als Parteichef in die Regierung zurück und behält obendrein seinen Vorsitz im Conseil général des Départements Hauts-de-Seine, dessen Brutto-sozialprodukt das einiger EU-Staaten übertreffen dürfte. Dass *Chirac* einmal mehr selbst

seine energischsten Worte – „je décide et il exécute“ – Lügen straft, wurde nur noch am Rande vermerkt. Die Aufmerksamkeit richtet sich auf die beiden feindlichen Kronprinzen. Dass der Premierminister, der der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit absolute Priorität einräumt, seinen ersten Besuchstermin einer Filiale der staatlichen Arbeitsvermittlung widmete, war ein symbolischer Anfang. „Assez de paroles, des actes“, ist stets stehende Rede unter den Reformern gewesen. Da *de Villepin* selbstredend für „la religion du résultat“ steht, hat er sich nur 100 Tage ausbedungen, um in seiner „bataille pour l'emploi“ erste Erfolge melden zu können. Als erklärter Napoleon-Bewunderer müsste *de Villepin* eigentlich wissen, dass „les Cent jours“ des großen Korsen den Epilog einer einzigartigen Karriere bildeten, die ebenso unrühmlich wie unwiderrufbar im Schlamm von Waterloo endete.

Der 18. Juni 1815 war nicht der Tag einer seltsamen, sondern einer endgültigen Niederlage. Die Vision eines napoleonischen Europa war gescheitert. Nachdem der Kontinent sich geweigert hatte, die Signatur Frankreichs zu tragen, musste er sich neu erfinden. Da Europa nie den geraden und direkten Weg wählt, zerfleischte es sich erst in zwei Weltkriegen, bis es mit *Jean Monnet* und *Robert Schuman* wieder zwei Franzosen waren, die auf der Basis gemeinsamer Schrottverwertung ein neues Europa entwarfen. Nur fünf Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation des Erzfeindes verlas Außenminister *Robert Schuman* eine Erklärung, die alle vollmundige Europa-Rhetorik durch klare Zielvorgaben in den Schatten stellte: „Es geht hier nicht um leere Worte, sondern um eine kühne, konstruktive Tat.“ Es ist dieser couragierte Pragmatismus, der Europa in seiner aktuellen Verfassungskrise mehr Not tut als alles andere. Aber wie sagte doch Premierminister *Dominique de Villepin* nach seiner Amtseinführung: „Quand c'est difficile, tout est possible.“